WerkstattGeschichte 17, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1997, S. 66-82

■ IRENE STOEHR

Der Mütterkongreß fand nicht statt

Frauenbewegungen, Staatsmänner und Kalter Krieg 1950[1]

»Immer wieder wird von den Müttern des Ostens an die Mütterliga-Berlin die flehentliche Bitte um geistigen Beistand gegen die immer stärker werdende Agitation der kommunistischen Mütter- und Frauenarbeit herangetragen«. So begann ein Brief vom 19. Januar 1950 an den Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser, dem ein Antrag auf »Finanzierung der Vorbereitung des ersten deutschen Mütterkongresses in Berlin vom 27.-30. April 1950« beigefügt war.[2] Die antragstellende »Mütterliga« vertrat in Berlin noch zwei weitere westdeutsche Mütter-Organisationen.

Die zuständigen Herren waren offenbar gleich sehr angetan. Schon wenige Tage später kursierte im Ministerium ein Vermerk, in dem dieser Plan als »wirkungsvolle Gegenkundgebung gegen den beabsichtigten, für den 7. April 1950 angesagten Kongreß des demokratischen Frauenbundes«[3] bezeichnet wurde. Selbst von dem für das Jahr 1950 durchaus als hoch einzuschätzenden beantragten Förderungsbetrag von 20.000 DM wurden keine Abstriche gemacht. Doch das ministerielle Wohlwollen währte kaum länger als acht Wochen. Schon Anfang März äußerte der zuständige Referent offene Bedenken, und Anfang April war plötzlich kein Geld mehr da.

In der Zwischenzeit waren Konflikte unter den Frauen aufgetreten. Nicht beteiligte Frauenorganisationen hatten das Vorhaben kritisiert und die Beteiligten miteinander konkurriert. Eine hatte andere beim Ministerium angeschwärzt, und schließlich wurde sogar ein brauner Schatten auf der Vergangenheit der Initiatorin wahrgenommen. Alles das war Grund genug für die – sich im übrigen selbst nicht einigen - Staatsvertreter, sich mehr und mehr aus der Zusage herauszuwinden und sie schließlich ganz zurückzunehmen.

Dieses scheinbar belanglose Geschehen in den ersten drei Monaten des Jahres 1950 soll im folgenden als Ausdruck für das Verhältnis des neuen westdeutschen Staates zur Frauenbewegung nach 1945 betrachtet werden, das sich während der Kongreßplanung formte, und das sich in keiner anderen Institution der Bundesregierung so deutlich konkretisierte wie im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Schon am 1. April 1950 – kurz nach dem Innenministerium – berief dieses Ministerium eine Frauenreferentin im Ministerialratsrang, die ihr Amt während des folgenden Jahrzehnts zum Mittelpunkt eines Netzwerks der politischen Frauenorganisationen ausbaute.[4]

Das Scheitern des »ersten Berliner Mütterkongresses« steht – so die zentrale These dieses Beitrags – für die Herausbildung eines »rationalen« Politikverständnisses, das – dem Kalten Krieg angemessen – einer als »Gefühlspolitik« kritisierten Verständigungsbereitschaft mit »dem Kommunismus« entgegengesetzt wurde. Daß der Gefahr, Politik aus dem Gefühl heraus zu betreiben, Frauen eher erlägen als Männer,

wurde häufig genug besonders von Frauen betont. Entsprechend waren Frauen nicht nur an der Konstruktion antikommunistischer Weiblichkeitskonzepte, sondern auch an der Definition dessen beteiligt, was unter den Bedingungen des Kalten Krieges unter »Frauenbewegung« sowie unter »gesamtdeutscher Politik« verstanden werden sollte.

Um diese Thesen zu belegen, werde ich im folgenden erstens erörtern, warum sich Ende der 1940er Jahre eine »Mütterbewegung« etablieren konnte und in welchem Verhältnis sie zur Frauenbewegung stand. Zweitens werde ich auf die Bedeutung eingehen, die Frauen – in ihrer Eigenschaft als Mütter – für das neu gegründete Gesamtdeutsche Ministerium hatten. Drittens werde ich versuchen, das Scheitern des Vorhabens als erweiterte »reaktive Mechanik des Kalten Krieges« zu erklären. Viertens werde ich mich mit der Rolle beschäftigen, welche die Thematisierung des Nationalsozialismus bei der politischen Entwertung des Mütteransatzes gespielt hat. Abschließend werde ich fünftens einige Merkmale des neuen rational-pragmatischen »feministischen Antikommunismus« der 50er Jahre skizzieren.

1. »Mütterbewegung« im Nachkriegsdeutschland

Die drei Organisationen, die den »ersten deutschen Mütterkongreß« in Berlin planten, verstanden sich als Vertretungen einer »Weltmütterbewegung« im Nachkriegsdeutschland. Eine deutsche Gruppe der in Paris gegründeten »Weltbewegung der Mütter«/ *Mouvement Mondial des Mères* (MMM) war von Klara Maria Faßbinder 1948 in Bonn eingerichtet worden. Die Deutschlandzentrale der »Weltorganisation der Mütter aller Nationen« (WOMAN) arbeitete unter dem Vorsitz von Vilma Mönckeberg ebenfalls seit 1948 in Hamburg. Sie verstand sich als eigenständige »Schwesternorganisation« der 1946 von der amerikanischen Journalistin Dorothy Thompson in den USA gegründeten *World Organisation of Mothers of All Nations (WOMAN)*. Als Berliner Vertretung von WOMAN und MMM wurde 1949 die Mütter-Liga (ML) in Berlin gegründet.

Für beide »Mutterländer« der Nachkriegsmütterbewegung haben neue geschlechtergeschichtliche Untersuchungen einen starken Maternalismus diagnostiziert, der das politische Wirken unterschiedlicher Frauenorganisationen bestimmte. Joanne Meyorowitz verweist dabei für die USA, Sylvie Chaperon für Frankreich insofern auf frauenpolitische Kontinuitäten, als organisierte Frauen nach 1945 - von Pazifistinnen in den USA und Katholikinnen in Frankreich bis zu Kommunistinnen in beiden Ländern – an »essentialistische« Argumente[5] der Frauenbewegungen vor dem 2. Weltkrieg anknüpften. So haben amerikanische Frauen ihre politische Einmischung gerne mit ihrer Verantwortung als Mütter und ihrer Zuständigkeit für Belange der Familie legitimiert, während französische Frauen an die Öffentlichkeit traten, um gegen die Gefährdung der Familie zu kämpfen.[6]

Daß sich auch in Deutschland nach der Herrschaft des Nationalsozialismus ein maternalistisches Politikverständnis wieder artikulieren konnte, mag zunächst erstaunen. Die Forschungsberichte zur Frauenbewegung in Deutschland nach 1945 neigen nach meinem Eindruck allerdings dazu, die Bedeutung der Idee der »Mütterlichkeit« für sie zu überschätzen.[7] Die Nachfolgerinnen der sogenannten bürgerlichen Frauenbewegung vor 1933, die nach eigenem Selbstverständnis eine Bewegung der "organisierten Mütterlichkeit»[8] war, waren nach 1945 vergleichsweise vorsichtig, ihr

politisches Engagement mit mütterlichem Wesen oder Sein zu legitimieren, wenn sie deswegen auch nicht auf »essentialistische« Begründungen verzichteten. So leitete z. B. das Kommunalpolitische Frauenprogramm des Berliner Frauenbundes von 1946 in deutlicher Anknüpfung an die »alte« Frauenbewegung politische Partizipationsforderungen nicht aus einem Gleichheitsanspruch her, sondern band sie explizit oder implizit an das Versprechen einer »andersartigen« Politik, die von Frauen praktiziert werden würde.[9]

Am ehesten läßt sich der »feministische Pazifismus« der unmittelbaren Nachkriegszeit als »essentialistisch« oder auch »maternalistisch« kennzeichnen.[10] In der Tat gab es zunächst so etwas wie einen »Friedenskonsens« der politischen Frauenorganisationen, dem das Konzept einer besonderen Verantwortung der Frau – nicht selten der Frau als Mutter – für die Erhaltung des Friedens zugrunde lag.[11] Doch mit der Aufkündigung dieses Konsenses durch die Positionierung der Frauenorganisationen im Kalten Krieg seit etwa 1948 wurde – so meine These – einer selbstbewußten Politik der weiblichen »Andersartigkeit« auf »westlicher« Seite[12] langsam der Boden entzogen. »Essentialistische« Ansätze wurden seitdem entweder »privatisiert«, d.h. nicht mehr als öffentliche Begründungen verwendet, oder in der Abgrenzungspolitik gegen die kommunistische »Gleichmacherei« funktionalisiert. Diese Interpretation verhält sich gegenüber der verbreiteten geschlechterpolitischen Restaurationsthese einer »Zurückdrängung der Frauen ... in ihre alten Rollenbilder und Rollenzuweisungen«[13] zugleich kritisch und analog. Sie kritisiert die Behauptung, Frauen hätten sich aus der Politik zurückgezogen. Statt dessen erkennt sie eine Veränderung des politischen Handelns von Frauen seit dem Ende der Vierziger Jahre: Dieses näherte sich sowohl thematisch wie auch in seinem Charakter dem traditionellen – »männlichen« – Politikverständnis an, weshalb es aus aktuell feministischer Sicht als Verschwinden politischen Handelns erscheinen mag.

Daß in dieser Zeit der Wende zum Kalten Krieg »Mütterorganisationen« in Deutschland gegründet wurden, um den von den traditionellen, inzwischen westorientierten Frauenorganisationen abgeschnittenen Faden gewissermaßen weiterzuspinnen, ließ sie den letzteren nicht unbedingt vertrauenswürdig erscheinen. Zu dem spektakulären Zusammenschluß der westdeutschen und westberliner Frauenorganisationen zum Deutschen Frauenring im Oktober 1949 in Bad Pyrmont wurden die »Mütterorganisationen« nicht nur nicht eingeladen, sondern auf Nachfrage sogar ausdrücklich ausgeladen.[14] Tatsächlich waren die neuen Müttergruppen für die erklärten Nachfolgerinnen der sogenannten Bürgerlichen Frauenbewegung politisch schwer einschätzbar. Einerseits grenzten sie sich gegen die »alte Frauenbewegung« mit ähnlichen Argumenten ab, die deren Hauptvertreterinnen um die Jahrhundertwende ihrerseits gegen die »reinen Frauenrechtlerinnen« gewendet hatten: Heute ginge es nicht mehr »um die Erkämpfung von Frauenrechten«, schrieb z.B. im Oktober 1949 die Vorsitzende der deutschen WOMAN, Vilma Mönckeberg, in der Zeitschrift FRAUENWELT, »sondern um den Einbau der weiblich-mütterlichen Kräfte und Möglichkeiten in eine allzu ausschließlich männlich orientierte Weltordnung, deren einseitige Ausrichtung wahrscheinlich als eine der Ursachen der allgemeinen Unordnung und Heillosigkeit unserer Zeit anzusprechen ist.«[15] Der Satz hätte der berühmten Rede von Helene Lange auf dem Berliner Frauenkongreß 1904 entnommen sein können.[16] Während damals aber »Mütterlichkeit« als Metapher für die Notwendigkeit politischer Einmischung gerade auch kinderloser Frauen stand, so akzentuierte die Nachkriegsmütterbewegung stärker die leibliche Mutterschaft, ohne sich aller-

dings für Erziehungsfragen besonders zu interessieren. Sie paßte darum auch nicht in das Konzept der amerikanischen HICOG-Frauenpolitik, die Mütter »in die Pflicht« nehmen wollte, »um als Kulturträgerinnen und Promotorinnen republikanischer Tugenden dafür zu sorgen, daß die Jugend zu guten Staatsbürgern erzogen würde«.[17]

Auch eine staatsbürgerliche Bildungsarbeit der Frauen selbst spielte in der Arbeit der neuen Mütterorganisationen kaum eine Rolle, während ihr von den (westorientierten) Frauenbewegungs-Verbänden seit 1947 die höchste Priorität gegeben wurde. Mit der Erziehung der Frauen zur Demokratie nach anglo-amerikanischem Vorbild wollten unter anderen der Berliner Staatsbürgerinnenverband und der Deutsche Frauenring[18] die Frauen politisch aktivieren und zugleich in den neuen westdeutschen Staat integrieren. Demgegenüber hielten die Mütterorganisationen eine politische Erziehung der Mütter eher für überflüssig und plädierten statt dessen für eine Unterstützung mütterlichen Denkens, das offenbar nur unverfälscht zu Einfluß und Geltung in der Politik gebracht werden mußte, um friedensstiftend zu wirken. Denn »jede Frau und Mutter weiß, daß der Krieg seit Beginn der Geschichte ihr Urfeind ist, der das Heim als Mittelpunkt der Familie zerstört und Sinn und Zweck aller menschlichen Tätigkeit zunichte macht«, heißt es im »Manifest der WOMAN« von 1949.[19] Positiv propagierte die neue Mütterbewegung in Deutschland eine absolute Priorität des Friedens für Frauenpolitik, während die »westorientierten« Frauenbewegungs-Verbände ihrerseits die Bedeutung des Friedens für Frauenpolitik inzwischen deutlich relativiert und an die Voraussetzung von »Freiheit« gebunden hatten, um sich von der Friedensrethorik kommunistischer Frauenorganisationen abzugrenzen.[20] Außerdem wollte die Mütterbewegung offenbar »mütterliches Denken« interdisziplinär-akademisch begründen. Diesen Ehrgeiz spiegelt der Programmentwurf wieder, der für den »Ersten deutschen Mütterkongreß in Berlin« Ende März 1950 vorgelegt wurde. Danach waren für drei Themen Grundsatzreferate vorgesehen: »Die geistigen Grundlagen des Muttertums«; »Das Muttertum – eine soziale Ordnungsmacht« und »Die Mutter als Wirtschaftsbürgerin«.[21]

Schwerlich lassen sich übrigens diese Unterschiede in den frauenpolitischen Prioritätensetzungen – der »westorientierten« Frauenverbände einerseits und der Mütterorganisationen andererseits – dem Schema »rechter« und »linker« Politik zuordnen. So bekämpfte die katholisch orientierte MMM einerseits die außerhäusliche Erwerbsarbeit von Müttern, welche »die Mutter ihrem normalen Beruf in Familie und Gesellschaft entfremdet,« wie es in ihrer Plattform, der »Charta der Mutter« stand,[22] andererseits ist vor allem in der Person ihrer Initiatorin für Deutschland, der Bonner Professorin Klara Marie Faßbinder – der interessierten Nachwelt als »Friedensklärchen« bekannt – eine starke personelle Kontinuität zur 1952 gegründeten Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB) zu erkennen, die u.a. wegen ihrer Kooperationsbereitschaft mit kommunistischen »Friedensfreunden«[23] vom Bundesamt für Verfassungsschutz als »kommunistische Tarnorganisation« eingeschätzt und zeitweise verfolgt wurde.[24] Die deutsche WOMAN versuchte in den 50er Jahren, mit einer zwar antikommunistischen, aber gleichwohl nach Osten offenen Friedenspolitik, eine Zwischenposition zu behaupten, von deren Unmöglichkeit die Geschichte ihres Scheiterns allerdings Zeugnis ablegt.[25]

Für den Wandel der gesellschaftlichen Akzeptanz »maternalistischer« Politikansätze ist die Position Elly Heuß-Knapp's ein einschlägiges Beispiel: Die angesehene und von vielen Menschen verehrte Ehefrau des ersten Bundespräsidenten hatte z.B. noch 1949 einer Vertreterin der Bonner MMM-Gruppe erklärt, daß »ihr der Gedan-

ke der Durchdringung der gesamten Frauenarbeit mit der Idee der Mütterlichkeit außerordentlich sympathisch« sei. Sie hatte sogar signalisiert, daß sie sich ihre »Mitarbeit in der Leitung« einer deutschen Mütterbewegung vorstellen könne.[26] Bekanntlich hat sich Elly Heuß-Knapp mit der Gründung des Deutschen Müttergenesungswerks am 31.1.1950 für einen ganz anderen – sozialpolitischen – Weg entschieden, der symptomatisch wurde für die Form, in der »Mütterlichkeit« in die Öffentlichkeit fortan eingebracht werden konnte.

2. »Männer und Mütter«

Der für April 1950 geplante gesamtdeutsche Mütterkongreß setzte auf die Überzeugungskraft der Vorstellung, daß die Gemeinsamkeiten von Müttern in allen politischen Systemen größer seien als die zwischen allen anderen Gruppen. Durch die Zusammenführung mit den »Müttern des Ostens» sollte nebenbei auch die zersplitterte Mütterbewegung in Westdeutschland vereint werden.

Die Idee für diese Inszenierung kam von einer Berliner Einzelgängerin, die als Urda Nornengast auftrat – ein selbstgewähltes Pseudonym, wie ihre Mitstreiterinnen erst später erfuhren, dessen germanischer Klang sich als ein Schlüssel zu ihrer Denkweise erweisen sollte. Unter dem Titel »Wenn alle Mütter wollen ...« arbeitete sie über Weihnachten 1949 einen »Berliner Plan« aus, der unter anderem die »Durchführung des ersten deutschen Mütterkongresses« vorsah. Außerdem wurde die »Einfügung eines Systems von Mütter-Kollegien in die deutsche Demokratie« als eine Art Kontrollsystem auf allen Ebenen der politischen Administration vorgeschlagen, das durch einen »Müttergroschen« aus der Sozialversicherung finanziert werden sollte.[27]

Dies waren die einzig konkreten, wenn auch kaum ausgeführten Vorschläge des sogenannten » Berliner Plans«, der auf immerhin 13 Seiten mit einem großen Aufgebot an pathetischer Mütterrethorik aufwartete. Dennoch war wohl bereits dieser geringe Politikgehalt ungewöhnlich für jenes positive Mütterbewußtsein, das sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Rückblick auf eine »Katastrophe» artikulierte, die als von Männern zu verantworten galt. Jedenfalls wurde Urda Nornengast, die erst Mitte des Jahres 1949 Verbindung zu den Mütter-Bewegungen aufnahm, von ihren neuen Gesinnungsfreundinnen als Ideenspenderin gefeiert. Sie selbst suchte vor allem Unterstützerinnen für ihren »Berliner Plan« und hatte dafür bereits die Berliner Mütter-Liga initiiert, ohne selbst in dieser Gruppe aktiv zu werden. Statt dessen agierte sie von ihrem Frohnauer Büro aus, das den vollmundigen Titel führte: »Studio Männer und Mütter. Forschungsstelle, Archiv und Pressedienst der Weltmütterbewegung«. Mit diesem Briefkopf stellte sie auch am 19. Januar 1950 den Antrag auf Finanzierung der Vorbereitung des »ersten deutschen Mütterkongresses» in Berlin vom 27.-30. April 1950. Ihrem Vater zu Ehren habe sie ihr Büro so genannt, hatte sie vorher einer Mitstreiterin verraten.[28]

Die Männer des Gesamtdeutschen Ministeriums (BMG) gaben dem Titel vorerst die Ehre. Sie nahmen keinen Anstoß an dem stellenweise anmaßenden Duktus einer »mütterlichen Weltordnung« und an der Mischung aus Selbstgerechtigkeit und unfreiwilliger Komik des »Berliner Plans«, der den auch 1950 nicht neuen Gedanken in ungewohnter Frische pointierte, daß die Welt an ihrer zunehmenden (unnötigen) Komplexität zugrunde gehen müsse, wenn demgegenüber nicht die »Realpolitik des einfachen Lebens« der Mütter zur Geltung gebracht werde. Die Versprechen, daß

»Mütterpolitik« zur »Vorbereitung des Friedens,« zur »Beschleunigung der Demokratisierung und Einigung Deutschlands« beitrage und »den Europagedanken populär« mache,[29] verweisen auf eine gewisse Geschicklichkeit der Autorin, öffentliche Sorgen der Politiker für ihr Anliegen zu nutzen.

Dennoch war der Antrag nicht deshalb zunächst erfolgreich, weil es etwa zum zeitgenössischen geschlechterpolitischen Bewußtsein gepaßt hätte, daß Frauen sich – wenn überhaupt – als Mütter in die Politik einbrachten, um »die nomadenhafte Unruhe des männlichen Geistes« zu bändigen, wie der »Berliner Plan« versprach. Das ministerielle Wohlwollen galt in erster Linie den Frauen und kaum in zweiter Linie den Müttern. Es dokumentiert zunächst allgemein ein großes Interesse, das auch solche Behörden der neuen Bundesregierung auf die Integration der weiblichen Bevölkerungsmehrheit in den neuen westdeutschen Staat richteten, zu deren Aufgaben nicht unbedingt Frauenfragen im klassischen Sinn gehörten.

Ein spezifischer Grund für die positive Reaktion gerade dieses Ministeriums läßt sich aus seiner »Sonderstellung« gegenüber den anderen Bundesministerien herleiten. So war das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen eingerichtet worden, um die nach dem Grundgesetz »wichtigste Pflicht« der neuen Bundesrepublik einzulösen: die Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands.[30] Mit dieser Zielsetzung war das BMG nach eigenem Selbstverständnis »seinem ganzen Charakter nach ein ausgesprochen politisches Ministerium.«[31] Zugleich hatte es jedoch keinerlei Handlungsmöglichkeiten, da Kontakte zur DDR nicht zu seinen Kompetenzen gehörten und »zu diesem Zeitpunkt auf Regierungsebene ohnehin undenkbar schienen.«[32] Entsprechend war eine seiner Hauptaufgaben die »Beratung und Information der anderen Ministerien».[33] Eine solche »Querschnittsfunktion«, die auch eine Diffusivität der Aufgabenstellung mit sich brachte, haben so explizit außer dem BMG vor allem noch zwei weitere, später eingerichtete Ressorts gehabt, die sich nicht zufällig vorwiegend auf Frauen bezogen: das 1953 gegründete Familienministerium, und das später in verschiedenen Kombinationen bestehende Frauenministerium. Schien in diesen Fällen jeweils die »Sache« die Querschnittslogik vorzugeben, denn Familien oder Frauen sind nun mal überall und stets betroffen, so läßt sich im Falle der »gesamtdeutschen Fragen« ein Umkehrschluß wagen: Weil dieses Ressort querschnittsorientiert angelegt war, war es für eine Bezugnahme auf Frauen prädestiniert. Der Umstand, daß der o.g. »politische Charakter« des gesamtdeutschen Ministeriums aufgrund seiner reduzierten Handlungsmöglichkeiten sich vor allem in politischer Bildung sowie Förderung sozialer Hilfsarbeiten konkretisierte, läßt diese Schlußfolgerung noch plausibler erscheinen. Ein dritter Grund für die Mütterfreundlichkeit des gesamtdeutschen Ministeriums bezieht sich auf die noch uneindeutige Phase der Operationalisierung seiner politischen Aufgabe, in der es sich zum Zeitpunkt der Antragstellung befand. Das Verständnis der offiziellen gesamtdeutschen Politik als definitiv antikommunistischer Alleinvertretungsanspruch – der Bundesrepublik – wurde nach meinem Eindruck erst im Verlauf des ersten Geschäftsjahres festgelegt, so daß zu Beginn des Jahres 1950 diese Kalte-Kriegs-Version mit so etwas wie einem einem gesamtdeutschen Gemeinschaftsanspruch konkurrierte.[34]

Das Konzept der »Mütterorganisationen« für ihren Berliner Kongreß war von einer ähnlichen Janusköpfigkeit bestimmt, indem es einerseits frühzeitig die Logik des Kalten Krieges auf Mütter übertrug und andererseits mit einem gesamtdeutschen Gemeinschaftsanspruch verband. Berlin sei die »Infiltrationsstelle für antimütterliche Ideen« heißt es in der Antragsbegründung, die den Demokratischen Frauenbund

Deutschlands[35] als »kommunistische Mütterorganisation« beschuldigte, »für die bolschewistischen Interessen in China« zu werben.[36] Andererseits wurde herausgestellt, daß »die Mütter Berlins, der Ost- und der Westzone auf diesem Kongreß eine selbstverständliche Gemeinschaft bilden. Besonders die Mütter der Ostzone sollen die Gewißheit dieser Gemeinschaft als Trost und Kraftquell mit nach Hause nehmen.« Darauf verwies das Ergebnisprotokoll eines Gesprächs mit Ministerialrat Dr. Friedrich von Zahn am 27. Januar 1950, in dem die Mütter-Vertreterin Dr. Cilli van Aubel die »erarbeiteten Gesichtspunkte» festhielt, »unter denen Sie den von uns geplanten Mütterkongreß als einen wichtigen Beitrag zur Befriedung Deutschlands anerkennen und uns in seiner Vorbereitung und Ausführung unterstützen wollen«.[37]

Die Staatsvertreter verließen sich offenbar auf diese in Bonner Regierungskreisen bekannte Journalistin, die als Sprecherin der Bonner MMM-Gruppe die einzige Verhandlungspartnerin des Ministeriums auf Mütterseite war und entweder allein oder mit wechselnden Begleiterinnen zu den Terminen erschien. Die Tatsache, daß das neuartige Ministerium sich mit ihm gänzlich unbekannten Organisationen auf konkrete Verhandlungen einließ, beleuchtet die Situation der westdeutschen Frauenbewegung in der Gründungsphase der Bundesrepublik von einer bisher nicht beachteten Seite: Offensichtlich waren der seit Oktober 1949 bestehende Deutsche Frauenring und die ihn tragenden Frauenbewegungs-Organisationen mit ihrer eindeutigen Westorientierung entgegen ihrem eigenen Selbstverständnis nicht grundsätzlich die ersten Ansprechpartnerinnen der Bundesregierung in Frauenfragen. Daß sie später in den Entscheidungsprozeß gegen den Mütterkongreß eingeschaltet wurden, hatte mit einer schlichten verwandschaftlichen Konstellation zu tun: Die Vorsitzende des Berliner Frauenbundes, Dr. Agnes von Zahn-Harnack, war die Tante des zuständigen Referenten im BMG, Friedrich von Zahn. Auch die »etablierten« – westorientierten – Frauenverbände waren zunächst im Ministerium noch gar nicht bekannt, so daß der Hinweis der Tante auf die unterstützungswürdigen Frauenorgsanisationen – vor allem auf den Deutschen Frauenring (DFR) – wahrscheinlich einen Anstoß für die spätere »systematische« Förderungspraxis gegeben hat, die sich an Trägern orientierte.[38] Zugleich wurde aber die »Mütterbewegung« vom BMG kurzzeitig auch als kritisches Korrektiv gegen die »bestehenden demokratischen Frauenverbände des Westens« gehalten, die nach einem internen Vermerk Friedrich von Zahns »nicht sehr zugkräftig seien« und »durch die Woman- und die MMM-Bewegung neue Gesichtspunkte« erhalten könnten.[39]

Schon im November des Jahres 1950 hatte sich allerdings dieses Bild völlig verändert. Da fand die erste der fortan jährlichen Gesamtdeutschen Konferenzen in Berlin statt, die vom Berliner Staatsbürgerinnenverband und dem Berliner Frauenbund mit – nicht nur finanzieller – Unterstützung des BMG durchgeführt wurden, und in denen es stets darum ging, die vor allem westdeutschen Teilnehmerinnen über die »Zustände in der SBZ« bzw. die »wahren Absichten kommunistischer Politik« aufzuklären.[40] Die »Mütterbewegung« war in der Zwischenzeit zu einem Objekt öffentlichen Mißtrauens geworden.

3. »Reaktive Mechanik«

Der Begriff »reaktive Mechanik des Kalten Krieges« kam im Zusammenhang mit einem dritten Ansatz der Historiographie des Ost-West-Konflikts auf, der seit den 1980er Jahren die Diskussion dominiert. Dieser Ansatz berücksichtigt laut Christoph Kleßmann zum ersten Mal den »Wechselprozeß in der amerikanisch-sowjetischen Politik«, während das »traditionalistische« ebenso wie das »revisionistische« Erklärungsmodell jeweils von einem Systemdeterminismus bei der Verursachung des Kalten Krieges ausging. Das eine sah die Ursache im machtpolitisch bzw. ideologisch motivierten Expansionsstreben der Sowjetunion, das andere in den ökonomischen Globalzielen bzw. den außenwirtschaftlichen Interessen der USA.[41] Die Vorstellung einer »reaktiven Mechanik«, die von Wilfried Loth als ein »Mechanismus wechselseitiger Fehlwahrnehmungen und Konflikteskalation« definiert wird, bezieht sich auf den Konflikt zwischen den Regierungen der USA und der Sowjetunion; es bietet sich aber an, sie darüber hinaus nicht nur für analoge Erscheinungen in den Beziehungen der beiden deutschen Teilstaaten anzuwenden, sondern sie auch zum Erklärungsansatz für innenpolitische Reaktionskonkurrenzen zu erweitern. Danach provozierten »Fehlwahrnehmungen« des gegnerischen politischen Systems – für Westdeutschland gesprochen – auch unterschiedliche Reaktionen, die in der Regel von einer Konkurrenz um eine angemessenere »Eindämmung« bzw. Abwehr des Kommunismus bestimmt waren, aber zugleich mit anderen politischen Zielen verknüpft wurden. Z.B. wurden widersprüchliche normative Muster und Zuschreibungen in politische Abwehr-Gewänder gekleidet und aktualisiert. Als gängige antikommunistische Weiblichkeitskonstruktionen bestanden z.B. zugleich das Leitbild der nichterwerbstätigen Mutter gegen die zur Männerarbeit gezwungene DDR-Frau, und das Ideal der politisch informierten und verstandesbewußten Zeitgenossin, die sich nicht durch mütterliche Sentimentalität vom richtigen Weg abbringen und zum Kommunismus verleiten ließ. Ein solcher im angedeuteten Sinn erweiterter Begriff der »reaktiven Mechanik« schließt innenpolitisch bedingte Färbungen, Veränderungen und Verfestigungen des Antikommunismus ein und verweist auf seine Verwendung für andere Zielsetzungen.

Die widersprüchlichen Anforderungen von Seiten des gesamtdeutschen Ministeriums an das Konzept des Mütterkongresses sowie die schließliche Rücknahme des staatlichen Unterstützungsangebots lassen sich ebenso wie die Konflikte, die in dieser Angelegenheit zwischen den Frauen auftraten, als Beispiele einer erweiterten »reaktiven Mechanik« interpretieren: Im Verlauf der Verhandlungen versuchte das BMG die öffentliche Reichweite des geplanten Mütterkongresses deutlich zu reduzieren. Während Ende Januar von einer Teilnehmerinnenzahl um 400 ausgegangen wurde, wurden am 17. Februar nur noch 150 - 200 Teilnehmerinnen genannt, die ungefähr zu gleichen Teilen aus der SBZ, Berlin und dem Bundesgebiet kommen sollten. Eine »völlig unpolitische Aufmachung nach außen« wurde nun gefordert, Politiker und Behörden sollten nicht eingeladen werden und »kleine Arbeitsgemeinschaften mit dem Ziel, möglichst persönliche Beziehungen anzuknüpfen« den Schwerpunkt bilden. Von Propaganda war nicht mehr die Rede; vielmehr sollten bei Themenwahl, Referaten und Entschließungen »politische Schärfen« vermieden werden.[42] Dieses Konzept war im BMG nicht unumstritten: »Wir hatten doch das Schwergewicht auf die repräsentative Bedeutung gelegt«, beschwert sich eine handschriftliche Randbemerkung (wahrscheinlich von v. Zahn) auf dem Vermerk.[43] Einige Tage später forderte von Zahn wieder die Politisierung des geplanten Unterneh-

mens: »Ich habe schließlich Frau von Aubel nochmals auseinandergesetzt, daß unser Haus nur unter dem Gesichtspunkt den Kongreß fördern könne, daß der russischen Besatzungszone gegenüber herausgestellt würde, wie sich die westdemokratischen Frauen ihre Stellung in der Öffentlichkeit vorstellen. Dazu sei Voraussetzung, daß für diesen Kongreß eine wirklich breite Basis gefunden werde und sachlich eine Arbeit geleistet wird, die auch für die Frauen in der sowjetischen Besatzungszone unbedingt anziehend und werbend ist.«[44]

Diese beiden unterschiedlichen Reaktionen auf das gegnerische System sind ein Beispiel für die anfängliche Konkurrenz des gesamtdeutschen Auftrags mit dem demonstrativen Alleinvertretungsgestus im BMG, bevor letzterer sich Ende 1950 durchsetzte.[45] Sie waren zugleich von anderen Motiven getragen oder mit ihnen verknüpft: Die Forderung der Entpolitisierung des Mütterkongresses ging auf eine Intervention des katholischen Bischofs von Berlin, Winken, zurück, der von Klara M. Faßbinder eingeschaltet worden war. Winken hatte vorgeschlagen, daß sich die Berliner Kundgebung »der Polemik gegen den demokratischen Frauenbund möglichst enthalten möge und diesen förmlich einladen solle, um die Grenzpfähle zu überwinden.«[46] Die Konzeptveränderung wurde von einigen Herren im BMG befürwortet, denen es aber nicht um die von dem Bischof intendierte Verständigungsbereitschaft ging, sondern die daraus offensichtlich einen ersten Schritt machten, um das Vorhaben ganz zu kippen. Die reaktive Politisierungsforderung war ihrerseits gefärbt von der offensichtlichen Gefahr des Scheiterns und dem damit möglicherweise verbundenen persönlichen Mißerfolg des zuständigen Referenten.

Auf Seiten der Mütterorganisationen gab es analoge Differenzen. »Mir scheint das Ganze zu anspruchsvoll, zu repräsentativ zu sein, zu gleich den Monster-Veranstaltungen der vom Osten gestützten« Kongresse, monierte Vilma Mönckeberg: »Ich stelle mir etwas ganz anderes, viel bescheideneres, sparsameres aber umso intensiveres und besonderes vor, das sich auch in der äußeren Form von allem sonstigen unterscheidet.« Demgegenüber insistierten die Berlinerinnen, daß sie »angesichts der ungeheuren Propaganda, die im Frühjahr von Osten her auf Berlin niederprasseln wird, etwas auf die Beine stellen (müssen), was größeres Format hat, um überhaupt bemerkt zu werden.«[47]

Die Argumentationsstruktur ist typisch für die Diskussion politischer Organisationsfragen in diesen Jahren: Die einen pointierten ihre Andersartigkeit – die anderen wollten überbieten; aber immer war der Gegner im Visier. Die Bedeutung des Antikommunismus für die politische Organisierung von Frauen in der frühen Nachkriegszeit beschreibt Helen Jones am Beispiel der Auseinandersetzung um die Unterstützung partei-unabhängiger Frauenorganisationen durch die britische Militärregierung. Die deutschen Kritikerinnen des im Juni 1948 gegründeten Frauenrings der Britischen Zone – das waren insbesondere SPD-Frauenfunktionärinnen – argumentierten vor allem mit der Behauptung, daß nur die politischen Parteien stark genug seien, der kommunistischen Infiltration Widerstand entgegenzusetzen. Demgegenüber setzten die Briten ihrerseits deshalb auf überparteiliche Frauenorganisationen, weil sie sie für besser geeignete Medien als die Parteien hielten, um die – als entweder unpolitisch oder zu politischen Extremen neigend eingeschätzten – deutschen Frauen politisch zu erziehen.[48] Die Frauenpolitik der US-amerikanischen HICOG hat sich hierbei nur wenig von der britischen unterschieden.[49]

Trotz der prinzipiell gegebenen Chance, Fehlwahrnehmungen des gegnerischen Systems gegenseitig zu kontrollieren, wirkte die innenpolitisch erweiterte »reaktive Mechanik« Anfang der 50er Jahre nicht deeskalierend sondern in Richtung auf eine

Verschärfung des Kalten Krieges. Die latente Gefahr einer gegenseitigen Kontrolle und die damit gegebene Unberechenbarkeit stärkte die Kräfte, die auf klare Abgrenzung und Hierarchisierung der Reaktionen und damit gewissermaßen auf eine Rationalisierung des Antikommunismus drängten. Die unterschiedlichen Konzepte und Positionen bei den Verhandlungen über den Berliner Mütterkongreß sind so gesehen auch als Zwischenergebnisse auf dem Wege zur Festschreibung der als unterstützungswürdig geltenden Form des weiblichen Antikommunismus anzusehen: Wurden die Mütterorganisationen zunächst noch für kompetent gehalten, die gesamtdeutsche Regierungspolitik offiziell zu vertreten und den »westdemokratischen« Frauenverbänden gesamtdeutsche Impulse zu geben, so wurden sie zwischenzeitlich auf ihre »mütterliche« Kompetenz, unpolitische Beziehungen herzustellen, beschränkt. Darin kam bereits etwas von dem Mißtrauen zum Vorschein, auf das eine demonstrativ mütterliche Politik später bei denen stoßen sollte, die sich eindeutig zur Westintegration bekannten.

4. NS-Vergangenheit und Mütterpolitik

Es war Agnes von Zahn-Harnack – die Vorsitzende des Berliner Frauenbundes und eine der angesehensten lebenden Vertreterinnen der »alten« Frauenbewegung -, die auf eine Anfrage ihres Neffen Friedrich von Zahn, des für den Mütterkongreß zuständigen Referenten im BMG, auf dunkle Flecken in der Vergangenheit der Berliner Antragstellerin aufmerksam machte: »Urda Nornengast heißt in Wirklichkeit Klara Lönnies ... Sie ist nicht vertrauenswürdig«,[50] bemerkte sie mit Hinweis auf einen beigefügten Protokollauszug der Evangelischen Reichsfrauenhilfe vom 6. März 1935, aus dem hervorgeht, daß Frau Lönnies und ihr damaliger Ehemann Herr Waldmann wegen »Schiebungen in Geldangelegenheiten« verhaftet worden waren. Wenige Tage später warnte der Berliner Landesverband der CDU das Ministerium vor Frau Schloßmann-Lönnies[51], die »aus der Hitlerzeit nicht unbekannt« sei und der gegenüber man »doch wohl einige Vorsicht walten lassen« sollte. Das CDU-dominierte BMG hatte sich nicht zufällig an diese Berliner Adresse gewandt, um sich nach der Seriosität des geplanten Berliner Mütterkongresses – und insbesondere danach zu erkundigen, ob in der Person seiner Anregerin, Urda Nornengast, »Gewähr gegeben ist, daß die Organisation einen breiten Widerhall findet.«[52]

Zweifel an der Eignung Urda Nornengasts waren durch die HICOG-Dienststelle in Bonn ausgelöst worden. Sie bezogen sich allerdings nicht auf deren Vergangenheit, sondern auf ihre gegenwärtigen Ziele, die den Amerikanern »doch sehr maßlos« vorkamen.[53] Die im folgenden eingeholten Hinweise auf eindeutige Geld-Unterschlagungen einerseits wie auch auf »die reichlich ungeklärte Haltung von Frau Nornengast in der Nazizeit« andererseits[54] kamen dem Ministerium offensichtlich gelegen, um die den Alliierten fragwürdig gewordene Berlinerin in den Hintergrund zu drängen, deren »reichlich mystische Ideen über Mutterrecht und ähnliche Dinge« nunmehr plötzlich auch im BMG Anstoß erregten. In einer Rücksprache mit Cilli van Aubel am 23. Februar 1950 band von Zahn eine weitere Unterstützung der Kongreßvorbereitungen an die Bedingung einer Distanzierung von Urda Nornengast. Bei dieser Gelegenheit sprach er auch von »Gerüchte(n), die nicht verstummen«, »daß sie mit Frau Scholz-Klink gearbeitet hat«. Mit dieser Anspielung auf die berüchtigte Vorsitzende der NS-Frauenschaft hatte die nationalsozialistische Vergangenheit der

Frau Nornengast die Funktion, ihr aktuelles politisches Verhalten zu diskreditieren, so weit erfüllt, daß es keiner weiteren Recherchen bedurfte. Daß auf die Vergangenheit der Frau Nornengast gleich zwei Schatten fielen, die offenbar in irgendeinem diffusen Zusammenhang standen, erleichterte die Distanzierung auch auf Seiten ihrer Mitstreiterinnen. In dem Gespräch mit v. Zahn, das zur Ausbootung Nornengasts führte, hatte Cilli van Aubel den Vorwurf einer weiteren Geldunterschlagung von 40.000 Mark hinzugefügt, den Urda Nornengast als Herstellerin von »Urbildschmuck« begangen haben sollte, wie van Aubel »aus sicherer Quelle« erfahren hatte. Zu Nornengasts NS-Vergangenheit hatte sie nichts beigetragen, obwohl vielerlei Andeutungen in Mütterbewegungskreisen kursierten. In dem Umgang mit diesbezüglichen Gerüchten praktizierten die Vertreterinnen der »Mütterbewegung« ein Verhalten, das man als »asymmetrische Diskretion« (Hermann Lübbe) bezeichnen könnte: Sie machten von ihrem Wissen weder für sich selber noch gegenüber anderen Gebrauch, und erwarteten als Gegenleistung, daß Frau N. sich entsprechend den Wünschen des Ministeriums zurückzog.

Viel mehr als Urda Nornengasts Vergangenheiten machte den Vertreterinnen der Berliner Mütter-Liga und der Hamburger WOMAN ihr zunehmend »schlechtes Benehmen« zu schaffen: plötzliche Zweifel an den Fähigkeiten der anderen Frauen; Selbstgerechtigkeiten Sendungsbewußtsein und andere Anzeichen reduzierter Kooperationsbereitschaft. Dadurch mögen grundsätzliche bzw. moralische Bedenken gegen die Trennung unterdrückt worden sein; erhalten blieb das Gefühl des Verlustes einer besonderen, wenn nicht genialen Kompetenz. Die Frage nach den historischen Wurzeln des Charismas von Urda Nornengast, dem vor allem die drei Vorstandsmitglieder der Berliner Mütterliga sowie die WOMAN-Vorsitzende offensichtlich selbst erlegen waren, verdrängten sie schließlich mit dem Verdikt der psychischen Krankheit, mit dem sie fortan die ehemalige Hoffnungsträgerin belegten.

Die Ausbootung der Initiatorin des Berliner Mütterkongresses fiel in die Zeit nach der ersten große Amnestiewelle für NS-Kriegsverbrecher, als herrschende Politik und öffentliche Meinung in Westdeutschland das Ende der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit befürworteten. Mit Hilfe des von Norbert Frei durch eine detaillierte Analyse dieses öffentlichen Konsenses entwickelten Konzepts der »Vergangenheitspolitik«[55] läßt sich der Umgang aller Beteiligten mit den Gerüchten über die Nazi-Vergangenheit der Urda Nornengast in einen weiteren Erklärungszusammenhang einordnen: Auf Seiten der Mütterorganisationen war der von Frei seit 1949 diagnostizierte »Schlußstrichkonsens« von Regierung, Opposition und der Bevölkerungsmehrheit zunächst gebrochen. Als Töchter- oder Schwesterorganisationen der französischen oder amerikanischen Mütterbewegung beteiligten sie sich nicht an den Kampagnen gegen die Siegerjustiz , sondern organisierten statt dessen zwei »Frauendank«-Kundgebungen für die Alliierten – 1948 in Hamburg und 1949 in Frankfurt am Main. Ihre bemerkenswerte Zurückhaltung, Anfang 1950 die indizierten Verstrickungen einer Frau offenzulegen, die sie erst seit einigen Wochen kannten und dennoch als »Führerin« akzeptierten, ist möglicherweise als Ausdruck ihrer – nicht ausgesprochenen - Befürchtung zu deuten, daß über diese Frau die Idee der Mütterpolitik selbst mit dem Nationalsozialismus verstrickt werden könnte. Immerhin wußten sie von U. Nornengast selbst, daß sie immer schon den Müttergedanken verbreitet und in der Zeit des NS eine Zeitschrift »Mutter und Volk« redigiert hatte. So gesehen bedienten sich die beteiligten Frauen der »Vergangenheitspolitik«, um die Mütterbewegung nicht zu gefährden. Erst als die Mütterbewegung tatsächlich poli-

tisch entwertet worden war – nicht zuletzt durch das Scheitern des Berliner Mütterkongresses – klinkten sich WOMAN und MMM explizit in die Vergangenheitspolitik ein, indem sie sich z.B. massiv für die Amnestie und Freilassung junger deutscher kriegsgefangener Wehrmachtssoldaten einsetzten, die von französischen Gerichten zur Todesstrafe bzw. zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren.

Daß von den Staatsvertretern überhaupt die Nazivergangenheit gegen Urda Nornengast verwendet wurde, ist natürlich kein Argument gegen die These des »Schlußstrichkonsenses«. Der »Fall Nornengast« muß nämlich auf die Seite der »Politik der normativ-symbolischen Abgrenzung vom Nationalsozialismus« gestellt werden, die nach dem Konzept der Vergangenheitspolitik die Politik der Amnestie und Integration ergänzte. Er eignete sich für die symbolische Abgrenzung besonders wegen seiner Unbestimmtheit (in der er offensichtlich auch bewußt gehalten wurde) und vielleicht auch deshalb, weil es sich um eine Frau handelte. Schließlich steht der »Fall Nornengast« auch für die Personifizierung einer schwer faßbaren weiblichen Seite des Totalitarismus, für die geltend gemacht wurde, daß sie eine »zwar gefühlsreiche, aber urteilsschwache Gefolgschaft um sich sammelt«, wie Agnes von Zahn-Harnack über Nornengast schrieb. Sie verkörperte sozusagen die weibliche Gestalt der Ununterscheidbarkeit des braunen und roten Totalitarismus, mit deren Hilfe sich in den 50er Jahren der Antikommunismus vor die NS -Erinnerung schob.

5. Feministischer Antikommunismus

»Unerwartete Abstriche am Kulturetat des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen« machten es »leider unmöglich..., aus dem Rumpfhaushalt 1949/50 die beabsichtigte Unterstützung des Berliner Mütterkongresses bereitzustellen«. Dies teilte Staatssekretär Thedieck am 3. April Cilli van Aubel schriftlich mit. Ein Vermerk des zuständigen Referenten von Zahn hatte kaum die Erleichterung über diese »unerwarteten Schwierigkeiten« verbergen können, die es auf die beliebteste bürokratische Weise erlaubten, sich einer gegebenen Zusage zu entledigen.[56]

Wie gerne die Begründung auf der anderen Seite geglaubt wurde, dokumentiert ein Brief der WOMAN-Vorsitzenden Mönckeberg an die Mütterliga in Berlin vom 22. April 1950. »Frau van Aubel hat die Sache sicher großartig geführt, aber gegen die chronische Geldknappheit können selbst die Götter wahrscheinlich nicht an und gegen die Absichten der landläufigen Staatsmänner, daß alle anderen Ausgaben vor Frauendingen kommen müssen.«[57] Tatsächlich hatte inzwischen der Berliner Bürgermeister Friedensburg den Kongreß befürwortet; die Bundesbahn hatte Fahrtverbilligung gewährt und als Tagungsort war bereits das Studentenhaus Charlottenburg angemietet worden. Andererseits hatten im letzten Moment zwei Organisationen ihre Teilnahme abgesagt, die nicht nur repräsentativ und mitgliederstark, sondern auch besonders praxisorientiert waren: der katholische deutsche Frauenbund und die DGB-Frauen.[58] Kurz vor der Absage hatte außerdem eine MMM-Vertreterin aus Hessen im Ministerium vorgesprochen und »schwerste Bedenken« gegen den geplanten Mütterkongreß und gegen die WOMAN vorgetragen, die eine »liberalistische und oberflächliche Angelegenheit« sei. Das BMG nahm die Kritik dankbar auf. Friedrich von Zahn leitete einen Vermerk über dieses Gespräch an den Staatssekretär mit dem Hinweis weiter, er könne sich »der Argumentation von Frau Pohlmann nicht entziehen und möchte ernstlich in Erwägung ziehen, ob man nicht den Berliner Kongreß

fallen läßt.«[59] Nur zwei Tage später geschah dies mit der oben genannten offensichtlich vorgeschobenen Begründung.

Hannah Pohlmann war natürlich nicht als MMM-Vertreterin eine Vertrauensperson für das BMG sondern – wenn überhaupt – als Vorstandsmitglied des »Hilfswerks Ost«, einer Organisation zur Betreuung von Flüchtlingen. Bedeutsamer scheint mir jedoch, daß sie bei ihrer Intervention auf zwei Reizbegriffe – einen negativen und einen positiven – abhob, die zwei Konstruktionselemente des weiblichen Antikommunismus wurden. Der Negativbegriff lautete «Illusion« (die sich die Müttergruppen machten, wenn sie glaubten, sie könnten mit ihren »Ideen« die SBZ-Frauen gewinnen). Dem wurde positiv die Notwendigkeit »praktischer Arbeit« gegenübergestellt, mit der sich die Mütterbewegung »erst einmal ihre Sporen verdienen müsse«. Hannah Pohlmann hatte dazu auch gleich einen praktischen Vorschlag mitgebracht: »Das Nächstliegendste sei doch, die zahllosen verdrängten Kinder und Jugendlichen aus der sowjetischen Besatzungszone mütterlich zu betreuen, ihnen Heime zu schaffen, Schulbesuch zu ermöglichen, sie vor Verwahrlosung zu schützen und ihnen einen Ersatz für die vielfach verlorene Familie zu geben (Patenschaften, Pflegestellen, Adoptiveltern).«[60]

Damit müsse »die Mütterbewegung zunächst einmal praktisch den Nachweis ihrer Existenzberechtigung führen,« so protokollierte v. Zahn zustimmend die Äußerungen von Frau Pohlmann für den Staatssekretär, und tatsächlich wird das Ministerium für diese Art der Mütterpolitik in Zukunft stets Fördermittel bereitstellen. Entsprechend schnell erkannten die beiden Mütterorganisationen die Zeichen der Zeit und stürzten sich schon im April 1950 auf das Projekt »Familienplätze für ostzonale Jugendliche«, das aber offenbar bald im Sande verlief. Im Sommer 1950 gründete WOMAN eine West-Ost-Mütterhilfe, die von ihrer Leiterin Maria Rhine öffentlich als »Verbindung von Liebe und Politik« deklariert wurde:[61] Sie stellte z.B. Kontakte zwischen west- und ostdeutschen Familien durch Patenschaften her, und beschaffte pharmazeutische Erzeugnisse für SBZ-Familien durch Spenden von Apotheken und Ärzten.

»Ost-Mütterpolitik« als Sozialarbeit löste den Mütteransatz als »politische Theorie« zwar ab, sie erwies sich aber für die Abwehr gegen den Kommunismus als nicht ausreichend. Dafür bedurfte es gerade bei Frauen eines anderen politischen Überbaus, wie sich bald zeigte. Als Reaktion auf den Ende 1950 beginnenden Widerstand gegen die geplante Remilitarisierung der Bundesrepublik, der sich insbesondere 1951/52 auf zahlreichen Frauenfriedenskonferenzen öffentlich artikulierte, setzte das BMG mit seiner inzwischen installierten Frauenreferentin Maria Hampel auf politische Bildung als zweite Säule gegen den Kommunismus. Dafür erhielt vor allem der in Berlin ansässige Staatsbürgerinnen-Verband fortan kontinuierlich Fördermittel, mit denen er z.B. im Januar 1952 eine gesamtdeutsche Frauenkonferenz zum Thema »Abwehr kommunistischer Infiltration« durchführte. Dabei wurde stets darauf verwiesen, wie gefährdet gerade die Frauen seien, auf die kommunistischen Friedensparolen hereinzufallen, weil sie nämlich dazu neigten, sich erstens von Gefühlen leiten zu lassen und sich zweitens nicht genügend für Politik, sondern nur für ihre engsten Familienangelegenheiten zu interessieren. Diese beiden Momente, die früher einmal zu einem positiven Frauenbild gehört haben mögen, wurden im Zeichen des Kalten Krieges zu Grundelementen einer negativen Weiblichkeitskonstruktuion umgewertet. Nach einem Besuch von vier Mitgliedern der – als kommunistisch beeinflußt geltenden – Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB), zu denen auch Prof. Klara Marie

Faßbinder gehörte, notierte Maria Hampel am 23. Mai 1952: »Die Frauen sind so fanatisiert, daß sie zweifellos eine Gefahr darstellen. Sie bedienen sich falsch verstandener, christlicher Gedankengänge und rein gefühlsmäßiger Motivierungen, mit denen sie zweifellos bei vielen Frauen Erfolg haben werden.«[62]

Führend bei der Verbreitung dieses Konzepts waren vor allem die Bundestagsabgeordnete Elsa Brökelschen und die Journalistin Gabriele Strecker, beide CDU. Erstere forderte auf einer Frauentagung Ende Januar 1952 »mehr sachliches, nüchternes anstatt zu stark gefühlsbetontes Denken und Handeln der Frauen«. Die Frauen verstünden nicht, daß die östliche Friedenspropaganda eine andere Sprache spreche. Gabriele Strecker hatte bereits 1948, damals noch mit Blick auf den Nationalsozialismus, den Grundsatz vorgegeben, der später auch von ihr gegen den Kommunismus gerichtet wurde: »Wir Frauen müssen aus der Vernebelung der Schlagworte, der bequemen Glorifizierungen von Gattungseigenschaften und der übertriebenen Wertschätzung der leiblichen Mutterschaft heraus in die klare Luft der Wirklichkeit, die heute heißt: Denken, vor allem kausales Denken, das Bewußtsein, daß wir schuldig werden können, wieder schuldig werden können, wenn wir uns nicht informieren.«[63] In diesem Geist erklärte Agnes von Zahn-Harnack im Februar 1950 Mütterorganisationen schlichtweg für »überzählig«: »Mutterschaft bzw. Mütterlichkeit ist ein physiologisch/psychologischer Tatbestand, aber kein Vereinsprogramm« erläuterte die Verfasserin eines Standardwerkes über die Geschichte der Frauenbewegung (1928), in dem diese als eine Bewegung der »organisierten Mütterlichkeit« dargestellt wurde.[64] Für die Frauenbewegung vor 1933 hatte »Mütterlichkeit« – niemals übrigens ohne den Zusatz »erweiterte«, »soziale« oder »organisierte« – als Metapher für das Bestreben der Frauen gestanden, gleichberechtigt, aber mit eigenen Konzepten an der Entwicklung und den Privilegien der männlichen Kultur teilzunehmen.

Feministischer Antikommunismus in den 50er Jahren – so meine abschließende These – war erstens mit einem Plädoyer für politische Aktivität verbunden und richtete sich insofern gegen einen Rückzug der Frau ins Haus.[65] Er zielte zweitens auf eine kalte Geschlechtsneutralität, die alle Verbindungen von Weiblichkeit oder Mütterlichkeit und Politik, die die Ebene der Sozialarbeit verließen, verdächtigte, für Totalitarismen anfällig zu sein. Drittens produzierte die Abgrenzungslogik des Antikommunismus ein besonderes Mißtrauen gegen Mütterpolitik, weil diese zu einer bewußten Ignoranz gegenüber den Systemunterschieden für eine bestimmte Spezies unter den Menschen neigte: Für die »mütterlich fühlende Frau« gäbe es »keine kapitalistischen und keine kommunistischen Mütter, keine sozialistischen und konfessionellen, keine reaktionären und fortschrittlichen Mütter, sondern nur Mütter schlechthin«, sagte z.B. die WOMAN-Vorsitzende in einem Diskussionsbeitrag auf der Gründungsveranstaltung der »Gesellschaft zur Wiedervereinigung Deutschlands« im Januar 1950.[66] Das »Ignoranzsyndrom« wurde zunehmend mit der gängigen Weiblichkeitskonstruktion der »unpolitischen« Frau in Zusammenhang gebracht, deren nur von »Gefühlen« geleitetes Bedürfnis nach Harmonie und Frieden sich als »gefährlich« erweisen mußte, wenn Politik vorwiegend durch Abgrenzung definiert wurde. Der Begriff »Gefühlspolitik« wurde in diesem Zusammenhang vor allem zur Diskriminierung von Frauen verwendet, die Verständigung mit dem Osten suchten, ohne kommunistisch zu sein. Der Begriff erlaubte es aber andererseits, mit einem Kommunismusverdacht vorsichtiger umzugehen, als es aus heutiger Sicht manchmal den Anschein hat.

Anmerkungen

1 Dieser Aufsatz beruht auf Zwischenergebnissen einer Studie über Politik von westdeutschen und westberliner Frauen zu Wiederbewaffnung und Westintegration 1949-1961, die von mir an der FU Berlin durchgeführt und aus dem Förderprogramm Frauenforschung der Senatorin für Arbeit und Frauen, Berlin, finanziert wird. Ich stütze mich vor allem auf die Archivalien des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen (BMG) im Bundesarchiv Koblenz (BAK-B137) sowie auf Korrespondenzen der Vorstandsmitglieder der WOMAN/Deutschlandzentrale, die z.Zt. in Wilhelmshaven aufbewahrt werden (A-Wom). Für den Zugang zu diesen Dokumenten und ihre freundliche Unterstützung danke ich Frau Treuhilde v. Alten-Schnapauff, Wilhelmshaven, der jetzigen Ehrenvorsitzenden der WOMAN.

2 Urda Nornengast/Studio Männer und Mütter, Berlin-Frohnau, an Herrn Minister Kaiser, Bonn, v. 19.1.1950, BAK-B137/1147.

3 BMG, Abt. I-4, Vermerk v. 23.1.1950, BAK-B137/1147. Der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) wurde im März 1947 im Sowjetischen Sektor Berlins gegründet und manifestierte sich seitdem zunehmend als kommunistische Frauenorganisation. Zum DFD vgl. Rita Pawlowski, Der Demokratische Frauenbund Deutschlands, in: Renate Genth/Reingard Jäkl/Rita Pawlowski/Ingrid Schmidt-Harzbach/Irene Stoehr, Frauenpolitik und Politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945-1949, Berlin 1996.

4 Die Politik des BMG-Frauenreferats ist ein zentrales Untersuchungsobjekt der unter Anm.1 genannten Studie.

5 Der Begriff »essentialistisch« benennt im angelsächsischen Sprachgebrauch einen letztlich unveränderbaren Kern der Geschlechterdifferenz; in Deutschland ersetzt er in den letzten Jahren zunehmend den wertenden Begriff »biologistisch« .

6 Joanne Meyorowitz, Women and Gender in the Postwar U.S., 1945-1970, Vortragsmanuskript Berlin 1995 für die Tagung »Frauen- und Geschlechtergeschichte in Westeuropa, 1945-68/70, gehalten in der Arbeitsstelle für Vergleichende Gesellschaftsgeschichte Berlin am 1./2.12.1995 (unveröffentlicht), S.7. Dies., Beyond the Feminine Mystique. A Reassessment of Postwar Mass Culture, in: The Journal of American History, März 1993, S. 1455-1482, hier: S. 1468. Für Frankreich: Sylvie Chaperon, Geschlechtergeschichte der Nachkriegszeit in Frankreich. Ein historiographischer Abriß aus der Sicht der Geschichte der Frauenverbände, Vortragsmanuskript für die o.a. Tagung (unveröffentlicht).

7 Z.B. Nori Möding, Die Stunde der Frauen? Frauen und Frauenorganisationen des bürgerlichen Lagers, in:.Martin Broszat (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 619-647, hier: S. 640f.

8 Zur entsprechenden Argumentation der »alten« Frauenbewegung siehe Irene Stoehr, »Organisierte Mütterlichkeit«. Zur Politik der deutschen Frauenbewegungen um 1900, in: Karin Hausen (Hrsg.), Frauen suchen ihre Geschichte, München 1987, S. 225-253.

9 Siehe dazu Irene Stoehr, Traditionsbewußter Neuanfang. Zur Organisation der alten Frauenbewegung in Berlin 1945-1950, in: Genth/Jäkl/u.a., Frauenpolitik, S. 193-228.

10 Z.B. Anette Kuhn, Frauen suchen neue Wege der Politik, in: Dies. (Hrsg.), Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Bd.2, Düsseldorf 1986, S. 12-38, hier: S. 25ff. Kuhn verwendet allerdings den diffus wertenden Begriff »geschlechterideologisch«.

11 Dazu – und auch zu der Brüchigkeit dieses Konsenses – Ingrid Schmidt-Harzbach/Irene Stoehr, Friedenspolitik und Kalter Krieg: Frauenverbände im Ost-West-Konflikt, in: Genth/Jäkl u.a., Frauenpolitik, S. 229-254.

12 Womit die Frauenorganisationen gemeint sind, die sich politisch zum Westen bekannten.

13 Anette Kuhn, Die stille Kulturrevolution der Frau. Versuche einer Deutung der Frauenöffentlichkeit (1945-1947), in: Gabriele Clemens (Hrsg.), Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945-1949, Stuttgart 1994, S.83-101, hier: S. 99.

14 »Von Frau B[ähnisch - I. St.] bekam ich eben eine Absage, daß ich nicht in Pyrmont erwünscht sei. Es handele sich nur um einen Zusammenschluß der Frauenringe und gleichgerichteter Organisationen, nicht aber aller deutschen Frauenverbände. Die berufs- und konfessionellen seien auch eingeladen, aber Sie und wir nicht.« Prof.Dr. Klara Marie Faßbinder (MMM) an Vilma Mönkeberg (WOMAN) v. 1.10.49, A-WOM.

15 Vilma Mönckeberg, Welt-Mütterbewegung, in: Frauenwelt, H.10/1949, S.6.

16 Helene Lange, Das Endziel der Frauenbewegung, in: Die Frau, 11. Jg., H. 10, 1904 S. 705-714.

17 Rebecca Boehling, »Mütter« in die Politik: Amerikanische Demokratisierungsbemühungen nach 1945, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S.522-529, hier: S. 528.

18 Später auch das hessische Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit und die bayerische Arbeitsgemeinschaft der Wählerinnen, die zu Beginn der 50er Jahre gegründet wurden.

19 Abgedruckt in: Kuhn, Nachkriegszeit, Bd. 2, S.177-179, hier: S. 178.
20 Siehe dazu für Berlin: Schmidt-Harzbach/Stoehr, Friedenspolitik und Kalter Krieg, S. 242 ff.
21 Programmentwurf der Tagung, o.D. (März 1950), BAK-B137/1147.
22 Charta der Mütter (sinngetreue deutsche Überetragung aus dem französischen Original),BAK-B137/1147
23 Die Anführungszeichen sollen nicht die Friedensliebe der betreffenden Menschen anzweifeln oder ironisieren, sie verweisen in diesem Zusammenhang lediglich auf eine stereotype Selbstidentifikation.
24 Zu Zielen, Vertreterinnen, Aktivitäten und Verfolgung der WFFB: Helga Meyer, Women's Campaigns against West Germany Rearmement 1949-1955, Diss. Univ. Colorado 1989, S.147-191. Zur politischen Biografie von K. M. Faßbinder: Gisela Notz, »Unser Fräulein Doktor..., die hat uns immer die Wahrheit gesagt«, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 27, Köln 1990, S.161-171.
25 Die Geschichte dieser vergeblichen Vermittlungspolitik im Kalten Krieg wird im Rahmen des in Anm.1 genannten Forschungsprojekts behandelt.
26 Mütterliga Berlin an Elly Heuß-Knapp v. 17.11.49, (A-WOM). Heuß-Knapp stand als junge Frau dem gemäßigten Flügel der deutschen Frauenbewegung um Gertrud Bäumer und Marianne Weber nahe, ohne allerdings aktiv mitzuarbeiten.
27 Urda Nornengast/Studio Männer und Mütter, »Wenn alle Mütter wollen», Berliner Plan, o.D. (Weihnachten 1949), BAK-B137/1147.
28 Dessen Hauptverdienst war es offenbar gewesen, früh genug gestorben zu sein, um sie nicht in ihrem Sendungsbewußtsein zu stören, Nornengast an Mönckeberg v. 26.12.49, A-WOM.
29 Indem die Mütter diesen »aus der Isolierung der Konferenzsäle in die Häuser der deutschen Europäer« trügen. U.Nornengast, »Wenn alle Mütter wollen», ebd., S. 4.
30 Johann Babtist Gradl, Für Deutsche Einheit, Stuttgart 1975, S.45.
31 BMG, 1. Jahresbericht 1949/50, in: Alfred Adam, Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1971, S. 41.
32 Gisela Rüss, Anatomie einer polischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – Innerdeutsche Beziehungen 1949-1970, S.15 und S. 143.
33 Ebd.
34 Die Einschätzung von Gisela Rüss daß die Aufgaben des Ministeriums »unklar umrissen und in ständiger Konkurrenz mit den klassischen Ministerien« blieben, verdeckt m.E. den politischen Hintergrund dieses Sachverhaltes, ebd., S. 15.
35 Zum DFD siehe Anm. 3.
36 Urda Nornengast/Studio Männer und Mütter, Berlin-Frohnau, an Herrn Minister Kaiser, Bonn, v. 19.1.1950, BAK-B137/1147.
37 C.van Aubel, Bad Godesberg, an Dr.von Zahn, Ministerium für gesamtdeutsche Angelegenheiten, v. 3.2.50, BAK-B137/1147.
38 Agnes v. Zahn-Harnack an Friedrich v. Zahn v. 17.2.50, BAK-B137/1147.
39 BMG, I-4 (v.Zahn), Vermerk v. 23. 2. 1950, BAK-B137/1147.
40 Siehe dazu: Schmidt-Harzbach/Stoehr, Friedenspolitik und Kalter Krieg, S. 248f.
41 Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1991, S.177f. Wilfried Loth, Die Teilung der Welt 1941-1955, S.118, (Begriff von G.Geyer 1972).
42 van Aubel an v. Zahn v. 3.2.50, BAK-B137/1147.
43 BMG, Vermerk v. 17.2.1950, BAK-B137/1147.
44 BMG, Abt. I-4, Vermerk v. 23.2.1950, ebd.
45 Eine entsprechende Andeutung bei Gisela Rüss, Anatomie einer politischen Verwaltung, S.15.
46 BMG, Vermerk, betr. Vorsprache von Frau Prof.Dr. Faßbinder in der Angelegenheit der finanziellen Unterstützung des Berliner Frauenkongresses v. 8.2. 1950, BAK-B137/1147.
47 V. Mönckeberg an Mütter-Liga v. 5.2.50. Mütter-Liga an Mönckeberg v. 7.2.50, A-WOM.
48 Helen Jones, Creating Good Citzens: British Attitudes toward Women in Occupied Germany, Unveröffentl. Manuskript, Liverpool 1991.
49 Siehe dazu Hermann-Josef Rupieper, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945-1952, Opladen 1993, S.205-250. Ders., Bringing Democracy to the Frauleins. Frauen als Zielgruppe der amerikanischen Demokratisierungspolitik in Deutschland 1945-1952, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), Nr. 1, S.61-91. Die HICOG-Vertreterinnen haben in einigen US-Zonen allerdings stärker Neugründungen überparteilicher Frauenorganisationen angeregt und unterstützt, wie z.B. die des Büros für staatsbürgerliche Frauenarbeit in Hessen und die Arbeitsgemeinschaft der Wählerinnen in Bayern, während die Women's Affairs Officers der britischen Kontrollkommission die regionalen «Frauenringe« und deren Zusammenschlüsse unterstützten.
50 Agnes v. Zahn-Harnack an Friedrich v. Zahn v. 17.2.50, BAK-B137/1147.

51 Klara Lönnies war in erster Ehe mit Herrn Schloßmann, in zweiter Ehe mit Herrn Waldmann verheiratet.
52 BMG, Abt. I-4, an die Landesgeschäftsstelle der CDU, Berlin-Charlottenburg v. 11.2.1950, BAK-B137/1147. «Wir würden es nicht für zweckmäßig halten, den von Ihnen genannten Kongreß finanziell zu unterstützen«, ließ die Berliner CDU mit Unterschrift eines Vorstandsmitgliedes des Staatsbürgerinnenverbandes wissen. CDU/LV Berlin (Schuckert) an BMG v. 22.2.50, BAK-B137/1147.
53 BMG, Abt. I-4 (v.Zahn), Vermerk v. 23. 2. 1950, BAK-B137/1147.
54 Ebd.
55 Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, besonders S. 13-24.
56 BMG, Abt. I-4 (Thedieck) an Dr. Cilli van Aubel v. 3.4.50 und BMG, Abt. I-4 (v.Zahn), Vermerk v. 2.4.50, beide BAK-B137/1147.
57 Mönckeberg an Mütter-Direktorium v. 22.4.50, A-WOM.
58 BMG, Abt. I-4, Aktenvermerk v. 24.3.1950, BAK-B137/1147.
59 BMG, Abt. I-4, Vermerk v. 30.3.50, BAK-B137/1147.
60 Ebd.
61 Maria Rhine, Der neue Mensch, in: Die Welt der Frau, Juli 1950, S. 25-26, hier: S.26.
62 BAK-B137/1149-2.
63 Die Welt der Frau, August 1948, S. 12..
64 Agnes v. Zahn-Harnack, Die Frauenbewegung. Geschichte-Probleme-Ziele, Berlin 1928.
65 Für die USA der 50er Jahre kommt Joanne Meyerowitz zu einem ähnlichen Ergebnis, das sie kritisch gegen Betty Friedan's bislang unwidersprochene These des »Weiblichkeitswahns« wendet: Meyerowitz, Beyond the Feminine Mystique, s. auch dies. (Hrsg), Not June Cleaver. Women and Gender in Postwar America 1945-1960, Philadelphia 1994.
66 Vilma Mönckeberg-Kollmar, WOMAN, Eindrücke von der Gründung der «Gesellschaft zur Wiedervereinigung Deutschlands«, o.J., BAK-B137/1147.